

# Sächsische Staatszeitung

Staatsanzeiger für den Freistaat Sachsen



Erscheint Werktag nachmittags mit dem Datum des Erscheinungstages.  
Bezugspreis: Monatlich 6000 Mark. Einzelne Nummern 250 Mark.  
Fernsprecher: Geschäftsstelle Nr. 21295 — Schriftleitung Nr. 14574.  
Postfachkonto Dresden Nr. 2486.

Ankündigungen: Die 32 mm breite Grundzeile oder deren Raum im Anknüpfungsteile 700 Mark, die 64 mm breite Grundzeile oder deren Raum im amtl. Teile 1400 Mark, unter Eingefand 2000 Mark. Ermäßigung auf Familien- u. Geschäftsanzeigen.  
Schluß der Annahme vormittags 10 Uhr.

Zeitweise Nebenblätter: Landtags-Beilage, Ziehungslisten der Verwaltung der Staatskassen und der Landesfiskusrentenbank, Jahresbericht und Rechnungsabluß der Landes-Brandversicherungsanstalt, Verkaufsliste von Holzpfändern auf den Staatsforstrevieren.  
Verantwortlich für die Redaktion: Hauptschriftleiter Bernhard Jolles in Dresden.

Nr. 141

Mittwoch, 20. Juni

1923

## Deutschlands große Not.

### Die Forderungen der Sozialdemokraten.

Berlin, 20. Juni.

Der heutige „Sozialdemokratische Par-  
lamentarier“ schreibt:

Es besteht vollständig keine Aussicht, daß eine Lösung der Reparationsfrage und damit eine Regelung des Ruhrkonflikts unmittelbar erfolgt. Selbst wenn die französisch-belgische Antwort auf die englischen Forderungen schon in den allerersten Tagen überreicht werden sollte, sind wie der Lösung vielleicht etwas näher, aber das schwierige Problem ist noch keineswegs beseitigt. Das deutsche Volk wird also noch viel Schmerz zu ertragen haben. Es wird deshalb darauf ankommen, zu prüfen, mit welchen Mitteln dem fortgesetzten steigenden Elend Einhalt geboten werden kann. Große Hoffnungen sind in dieser Hinsicht auf die gegenwärtige Regierung nicht zu setzen. Unter ihrer Führung ist die Stützungsaktion täglich zusammengebrochen, sind die Voraussetzungen zum endgültigen Zusammenbruch der deutschen Wirtschaft geschaffen worden.

In der richtigen Erkenntnis, daß den notleidenden Schichten des Volkes schnell geholfen werden muß, hat die sozialdemokratische Reichstagsfraktion sich entschlossen, erneut die Inflation zu ergreifen und an die Regierung mit Forderungen heranzutreten, welche die Gewähr dafür bieten, daß wenigstens die größte Not gebannt, die endgültige Katastrophe abgewendet werden kann. In der heutigen Sitzung des Reichstages, die sich mit der kommenden Brotversorgung befaßt, kann die Regierung die Forderungen der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion kennen lernen, gleichzeitig aber bemerken, daß wir entschlossen sind, diese Forderungen durchzusetzen. Vor allem verlangt die Fraktion, daß zunächst eine offizielle Erklärung der Regierung über die unbedingt notwendige Anpassung der Löhne und Gehälter an die Preisentwicklung veröffentlicht wird. Aber mit einem öffentlichen Hinweis allein ist dem Volke nicht geholfen. Die Regierung muß zunächst selbst ihre Beamten und Angestellten entsprechend der Geldentwertung entschuldigen und ihren ganzen Einfluß in gleichem Sinne auch auf die Privatwirtschaft geltend machen. Ihre Schlichtungsorgane sind gleichfalls sofort entsprechend anzusetzen.

Diesen ersten Maßnahmen hat dann der Uebergang zu den wertbeständigen Löhnen zu folgen. Es ist anzuerkennen, daß die Regierung wenigstens jetzt bereit ist, dem Verlangen der Gewerkschaften in dieser Hinsicht zu folgen und daß man an amtlicher Stelle den Wunsch hat, schon im Laufe der nächsten Woche zu einer endgültigen Regelung dieser für die Arbeiterschaft so wichtigen Frage zu schreiten. Außerdem aber verlangen wir Geldrechnung auf dem Staat- und Steueregebiet, also Wertbeständigkeit der Steuern. Stundungen und Kredite dürfen vom Reich und den Reichsbehörden nur noch auf Goldbasis und gegen Goldzins gewährt werden. Insbesondere sind die Kreditkredite nicht mehr in Papier, sondern nur noch wertbeständig zu gewähren. Durch die sinnlose Gewährung von Kreditkrediten hat die Regierung sich selbst an dem Zusammenbruch der Stützungsaktion schuldig gemacht; sie verschuldet ohne Zweifel damit einen Teil des Gläubigers, das die arbeitenden Klassen heute auszulösen haben. Neben der Wertbeständigkeit der Kredite verlangen wir eine Einschränkung der bisherigen Kreditwirtschaft.

Die gegenwärtige Regierung hat, unter dem Vorwand der vorübergehend gestörten Stabilität der Mark, die Ausfuhrabgabe abgebaut und so auf einen wesentlichen Teil der Reichseinnahmen verzichtet. Seit Wochen dürfte man auch in der Reichstagsfrage von dem endgültigen Zusammenbruch der Stützungsaktion überzeugt sein, aber an eine Wiederherstellung der Ausfuhrabgabe und eine Durchführung der Freiliste auf den alten Stand sowie die beschärfte Kontrolle denken die Herrschaften nicht. Wir verlangen deshalb, daß zunächst die Ausfuhrabgabe wieder hergestellt wird und alle früher mit ihr verbundenen Maßnahmen wieder eingeführt werden.

Mit den vorsehend geforderten Schritten hat die sofortige Beseitigung der „gesetzlichen Steuerdefraudation“ auf schnellstem Wege zu erfolgen. Nur so wird es möglich sein, die ungedeckte Notenausgabe einzuschränken und die wichtigste Quelle der Inflation zu verstopfen. Verwirklichung der Zwangsanleihe, Verwirklichung der Vermögenssteuer auf die Einkommen- und Körperschaftsteuer, sowie eine gründliche Reform der Vermögenssteuer bei der Vermögenssteuer sind notwendig. In Verbindung mit diesen Maßnahmen hat eine aktive und energische Politik der Reichsbank zu erfolgen, die uns jedoch unumgänglich scheint, solange Herr Hakenstein noch den Vorsitz innerhalb der Reichsbank führt. Er ist der Mann, der sich nicht nur gegen die von uns bereits im vorigen Jahre geforderte Stützungsaktion gewandt hat, sondern auch ein eifriger Bekämpfer der Devisenkontrolle und der strengen Kontrolle des Devisenhandels zur Ausschaltung der Spekulation ist.

Seiner Energielosigkeit ist es zum Teil zuzuschreiben, wenn die Stützungsaktion zusammengebrochen ist, deren Neuaufgabe uns unbedingt notwendig scheint. Diese Neuaufgabe der Stützungsaktion kann nicht durch einen Mann erfolgen, der nie mit dem Herzen bei der Stützungsaktion war und sich fortgesetzt gegen eine strenge Kontrolle des Devisenhandels gewandt hat. Fort mit Hakenstein, ist in Anbetracht dessen eine Forderung, von der der Erfolg d. h. von uns vorgeschlagenen Maßnahmen abhängt.  
Wird der von uns in kurzen Angriffen aufgesetzte Weg, der wertlos in Einzelheiten noch der Ergänzung bedarf, von der Regierung bestritten, dann besteht die Möglichkeit, den Marksturz zu hemmen. Vorbedingung ist natürlich, daß alle angegebenen Mittel zu gleicher Zeit in Anwendung gebracht werden. Die innere und äußere Lage des Reiches und die Not des Volkes erfordern das!

### Russischen Zuständen entgegen.

#### Das Hinausschnellen der Preise.

Berlin, 20. Juni.

Infolge des neuen Marksturzes hat sich das Niveau der Großhandelspreise nach den Berechnungen des statistischen Reichsamtes vom 12. Juni gegen das Vorkriegsniveau am 5. Juni auf das 17496fache oder um 41,2 Proz. am 15. Juni gehoben.

#### Gewaltige Erhöhung der Eisenbahntarife.

Berlin, 20. Juni.

Der Reichseisenbahner hat am Dienstag vor-  
mittags beschlossen, vom 1. Juli ab die Fahrpreise auf den Reichsbahnen in der dritten und vierten Klasse um 200 Proz., in der ersten und zweiten Klasse um 300 Proz. zu erhöhen. Die Militärtarife werden um 250 Proz. erhöht werden.

#### Schwache Gegenmaßnahmen.

Berlin, 19. Juni.

Beim Reichstager fanden gestern und heute eingehende Besprechungen mit maßgebenden Vertretern der Banken statt. Gegenstand der Beratungen waren die Maßnahmen, durch die dem Sturz der Mark Einhalt geboten werden soll. Die Besprechungen ergaben die volle Abrechnung aller Beteiligten, daß der gegenwärtige Marksturz unter das wirtschaftlich und politisch berechnete Maß herabgedrückt ist. Nach dem bisherigen Verlauf ist zu erwarten, daß die Besprechungen allmählich zu einem günstigen Abschluß gebracht werden können. (?)

#### Wertbeständige Arbeits- einkommen?

Berlin, 20. Juni.

Die Spitzenorganisationen der Gewerkschaften verhandeln am Dienstag mit dem Reichsarbeitsminister über die Einführung wertbeständiger Löhne bez. Gehälter, die bekanntlich in erster Linie von den freien Gewerkschaften gefordert wird. Die Besprechung ergab, daß sich die Ansichten des Reichsarbeitsministers und die Vorschläge der Gewerkschaften teilweise in gleicher Richtung bewegen, aber entscheidende Punkte jedoch noch Meinungsverschiedenheiten bestehen. Die maßgebenden Zustände des Reichsarbeitsministers erwarten schon im Laufe der nächsten Woche eine endgültige Entscheidung der Frage, die sich im allgemeinen an die Vorschläge der Gewerkschaften hält. Schwierigkeiten können nur von dem Reichsfinanzministerium zu erwarten sein.

### Die gescheiterte Markstützungs- aktion.

#### Bernehmung Wassermann und Defers.

Berlin, 20. Juni.

Der Untersuchungsausschuß des Reichstages für die Markstützungsaktion vernahm am Dienstag den Direktor Wassermann von der Deutschen Bank und den Redakteur Defers von der „Frankfurter Zeitung“. Zum erstenmal wurde, auf Antrag der Sozialdemokratie, von dem Recht der Vereidigung Gebrauch gemacht. Direktor Wassermann gab zu, daß bei den von der Reichsbank gewährten Krediten zweifellos auch Finanzwechsel untergelaufen seien. Er sei jedoch sehr schwer, hinter eine solche Täuschung zu kommen.

Sodann fragte Dr. Herp, ob dem Zeugen bekannt sei, daß ein großes Berliner Unternehmen Anfang Juni eine sehr große Menge von Pflichtbedingen an die Reichsbank abgeliefert, die anschließend bis dahin zurückgehalten waren. Nach anfänglichem Zögern gibt der Zeuge zu, daß ihm ein solcher Fall bekannt ist, doch kann er Einzelheiten nicht mitteilen. Sodann fragte Dr. Herp, ob es richtig sei, daß der Zentralverband des Deutschen Bank- und Bankiergewerbes seine Mitglieder aufgefordert habe, bei der Verantwortung der Anfrage der Devisenprüfungsstellen gewisse Zurückhaltung zu üben und die Verantwortung zunächst zu verweigern. Direktor Wassermann bestritt, daß ihm dieses Rundschreiben bekannt sei. — Darauf wird das Schreiben vorgelesen. Es heißt in ihm, daß die Bedenken der Banken gegen das Auditsverfahren der Devisenbeschaffungsstelle so schwerwiegend sei, daß keiner Bank zugemutet werden kann, diese Aufforderung zu beantworten. Der Zeuge Wassermann stellt sodann noch fest, daß nach seiner Überzeugung, der tatsächliche Devisenbedarf der deutschen Wirtschaft während der ganzen Zeit der Stützungsaktion höchstens fünf Prozent des von der Reichsbank abgegebenen Betrages dargestellt habe.

Als zweiter Zeuge wird der Redakteur Defers von der „Frankf. Ztg.“ vernommen. Die „Frankf. Ztg.“ hatte bekanntlich behauptet, daß die Firma Linnas in den kritischen Tagen vor dem 18. April 100 000 Pfund nachdrücklich außer ihren sonstigen Anforderungen an die Reichsbank und die sonstigen Banken zu kaufen gesucht habe. Die „Deutsche Wache“ hatte diese Angaben damals als Lüge bezeichnet. Defers hielt demgegenüber seine Behauptung in vollem Umfang anrecht und erklärte, daß weniger die Tatsache des Kaufes an sich, als vielmehr die besonderen Umstände dieses Kaufes ihn zu dem Eindruck veranlaßt hätten, daß hier sachlich nicht gerechtfertigte Käufe vorgenommen wurden. Es sei zweifellos, daß die Stimmung des Marktes durch solche Vorgänge verschlechtert würde. Der Name Linnas bedeute für viele den Karz zur Rückzahlung.

### Anpassung der Renten an die Geldentwertung.

Berlin, 19. Juni.

Die katastrophale Geldentwertung und die am 4. Juni eingetretene Wertpreiserhöhung hat die Reichsregierung veranlaßt, dem Reichstagsausschuß für Sozialpolitik eine Verordnung über Erhöhung der Renten aus der Invaliden- und Angestelltenversicherung vorzulegen. Die Verordnung vom 27. März 1923 hatte die Höchstbeträge für Rentempfänger für Orte im unbesetzten Gebiet auf 490 000 Mark, für Orte im besetzten Gebiet, Einbruchgebiet und in den ihnen gleichgestellten Bezirken auf 600 000 Mark, für Witwen- oder Waisenrenten auf 432 000 Mark, für Waisenrenten auf 240 000 Mark, für 300 000 Mark festgesetzt. — Die Regierungsvorlage sah eine Verdoppelung dieser Sätze mit Wirkung vom 1. Juni vor. Der Ausschuß fand diese Sätze völlig unzureichend und beschloß, für Mai die Sätze zu verdoppeln, sie also von 490 000 Mark auf 980 000 Mark, von 432 000 Mark auf 864 000 Mark, von 240 000 Mark auf 480 000 Mark zu erhöhen. Mit Wirkung vom 1. d. M. ist die bisherige Unterstützung verdreifacht und, nach den Umständen, im Höchstbetrage so zu bemessen, daß das Gesamtjahreseinkommen des Empfängers einer Invaliden- oder Waisenrente den Betrag von 1 440 000 Mark, einer Witwen- oder Waisenrente den Betrag von 1 296 000 Mark, einer Waisenrente den Betrag von 720 000 Mark erreicht.

Entsprechende Unterstellungen sind an Empfänger von Ruhegeld oder Hinterbliebenenrente aus der Angestelltenversicherung zu gewähren, an Witwen jedoch nur, wenn sie Invaliden im Sinne der Invalidenversicherung (§ 1258 Abs. 2 der Reichsversicherungsordnung) sind.

Hat der Empfänger Kinder unter 15 Jahren, die nicht auf Grund der Reichsversicherungsordnung, des Versicherungsgesetzes für Angestellte oder des Reichsversorgungsgesetzes oder anderer Militärversorgungsgesetze eine Rente beziehen, so erhöht sich die für das Gesamtjahreseinkommen anzurechnende Grenze um 300 000 Mark für jedes Kind. Eiterlose Enkel unter 15 Jahren, deren Unterhalt der Empfänger der Renten ganz oder überwiegend bestreift, werden den Kindern unter 15 Jahren gleichgestellt; dies gilt auch für erwerbsunfähige unterhaltberechtigter Ehegatten im Hausstande von Rentenempfängern.

Bei Berechnung des Gesamtjahreseinkommens wird nur die als Steuerungsgrundlage gewählte Rentenerhöhung angerechnet. Das Arbeitseinkommen der Empfänger von Renten oder Ruhegeld bleibt dagegen bis zum Jahreseinkommen von 1 440 000 Mark außer Ansatz.

Bis zum Betrage von 432 000 Mark sind auf das Gesamtjahreseinkommen nicht anzurechnen: Bezüge auf Grund des Reichsversorgungsgesetzes oder anderer Militärversorgungsgesetze, aus der knappschaftlichen Versicherung, aus öffentlichen oder privaten Versicherungsunternehmen, aus privaten Unterstützungsanstalten, sowie aus Sparkontakten. Die Bezüge der Hinterbliebenen sind hierbei zusammenzurechnen. Einkommen aus Unterstützung durch Angehörige ist auf das Gesamtjahreseinkommen infoweit nicht anzurechnen, als es über die gesetzliche Unterhaltspflicht oder über vortraglich übernommene Verpflichtungen hinausgeht.

Für Orte des besetzten Gebietes, des Einbruchgebietes und für die ihnen gleichgestellten Bezirke werden die genannten Sätze um 25 v. H. erhöht.

Die sozialdemokratische Fraktion, die für viel höhere Unterstützungssätze eingetreten war, konnte nur erreichen, daß für Mai die doppelte Unterstützung gewährt wird und für Juni eine Verdreifachung der Rentensätze erfolgt. Mit besonderem Nachdruck sollte die Sozialdemokratie sich für die Ehegatten- und Waisenrenten ein und erreichen, daß diese ab 1. Juni um das Fünffache erhöht werden.